

Einführung einer Zivilklausel Erfahrungen

Moritz Kütt

Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit
Technische Universität Darmstadt

kuett@ianus.tu-darmstadt.de

Vortrag im Rahmen der Veranstaltung
"Zivilklausel Jetzt", GEW Studierende Marburg

04.02.2014



Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>.

Outline

- 1 Geschichte Zivilklauseln
- 2 Prozess in Darmstadt
- 3 Warum?
- 4 Umsetzung einer Zivilklausel
- 5 Abschließendes

“Aufgezwungene” Zivilklauseln

Die ersten Zivilklauseln waren durch Alliierte **extern** erzwungene Bestimmungen.

(Kern-)Forschungszentrum Karlsruhe

Zivilklausel, um insbesondere die Entwicklung von Kernwaffen zu verbieten, gleichzeitig zivile Reaktorforschung zu erlauben.

TU Berlin

Erlassen im Zusammenhang mit Vier-Mächte-Status der Stadt

Hessisches Universitätsgesetz

Schon frühzeitig Zivilklausel-ähnliche Bestimmung
(§6 HUG - Informationspflicht, Fassung vom Januar 1974)

*“Alle an Forschung und Lehre beteiligten Mitglieder und Angehörigen der Universitäten haben die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnis mitzubedenken. Werden ihnen Ergebnisse der Forschung, vor allem auf ihrem Fachgebiet bekannt, die bei verantwortungsloser Verwendung erhebliche Gefahr für die Gesundheit oder das Leben oder das **friedliche Zusammenleben** der Menschen herbeiführen können, so sollen sie den zuständigen Fachbereichsrat oder ein zentrales Organ der Universität davon unterrichten.”*

Rechtliche Überprüfung

Bundesverfassungsgericht urteilt: “verfassungskonform” (BVerfGE 47, 327 ff., 01.03.1978)

Weitere Entwicklung

- Konventsbeschluss in Darmstadt (1973)

1. Die Technische Hochschule Darmstadt lehnt die Durchführung militärischer Auftragsforschung innerhalb ihrer Einrichtung ab.

2. Die Technische Hochschule Darmstadt lehnt es grundsätzlich ab, Forschungsprojekte, die militärischer Geheimhaltung unterliegen, zu verfolgen, da solche Forschung mit dem Auftrag einer Hochschule zu Forschung und Lehre nicht vereinbar ist.

- Mainzer Appell (1983)

Kongress mit über 3000 Teilnehmer, u.a. Linus Pauling, 23 einflussreiche Wissenschaftler beschließen Appell

- Einführung Zivilklausel Uni Bremen (1986)

- Nach Wende: TU Berlin behält Zivilklausel (1991)

Weitere Entwicklung

- Konventsbeschluss in Darmstadt (1973)

1. Die Technische Hochschule Darmstadt lehnt die Durchführung militärischer Auftragsforschung innerhalb ihrer Einrichtung ab.

2. Die Technische Hochschule Darmstadt lehnt es grundsätzlich ab, Forschungsprojekte, die militärischer Geheimhaltung unterliegen, zu verfolgen, da solche Forschung mit dem Auftrag einer Hochschule zu Forschung und Lehre nicht vereinbar ist.

- Mainzer Appell (1983)

Kongress mit über 3000 Teilnehmer, u.a. Linus Pauling, 23 einflussreiche Wissenschaftler beschließen Appell

- Einführung Zivilklausel Uni Bremen (1986)

- Nach Wende: TU Berlin behält Zivilklausel (1991)

Neue Initiativen

- Neue Debatte angestoßen: Zusammenlegung FZK mit Universität Karlsruhe zum KIT
- Viele “Arbeitskreise”/”Aktionsgruppen”, meist von Studierenden
- Urabstimmungen unter Studierenden → nicht bindendes Mittel
- Erstarktes Bewusstsein in Politik → Wahlprogramme, Koalitionsverträge
- Vermehrter Beschluss von Zivilklauseln

Wir Deutschen haben mit Rüstungsforschung eine Menge Unheil angerichtet. Ich halte diesen Weg für eine offene Universität in Deutschland für ungeeignet. Wenn Rüstungsforschung politisch gewollt ist, soll sie an eigens dafür eingerichteten Forschungsinstituten etabliert werden, nicht bei uns. Wir fordern aber nicht mehr Rüstungsforschung, sondern eine bessere Grundfinanzierung.

— Ernst Schmachtenberg, Rektor RWTH Aachen, VDI Nachrichten 36 (2012), S. 2

Wo gibt es bisher Zivilklauseln?

Hessen

TU Darmstadt (09/2012)
Universität Frankfurt (01/2013)
Universität Kassel (12/2013)

Restliches Deutschland

Forschungszentrum Karlsruhe
Universität Bremen (1986 / 1991)
TU Berlin (1991)
Universität Konstanz (1991)
TU Dortmund (1991)
Universität Oldenburg (2007)
TU Ilmenau (2010)
Universität Tübingen (09/2010)
Universität Rostock (2011)
Hochschule Bremen (06/2012)
Hochschule Bremerhaven (06/2012)
Universität Göttingen (02/2013)

Weitere Bemühungen u.a. TU Dresden, Universität Köln,
Universität Augsburg, Universität Münster, Universität
Erlangen-Nürnberg, Universität Gießen, **Universität Marburg** ...

Wo gibt es bisher Zivilklauseln?

Hessen

TU Darmstadt (09/2012)
Universität Frankfurt (01/2013)
Universität Kassel (12/2013)

Restliches Deutschland

Forschungszentrum Karlsruhe
Universität Bremen (1986 / 1991)
TU Berlin (1991)
Universität Konstanz (1991)
TU Dortmund (1991)
Universität Oldenburg (2007)
TU Ilmenau (2010)
Universität Tübingen (09/2010)
Universität Rostock (2011)
Hochschule Bremen (06/2012)
Hochschule Bremerhaven (06/2012)
Universität Göttingen (02/2013)

Weitere Bemühungen u.a. TU Dresden, Universität Köln,
Universität Augsburg, Universität Münster, Universität
Erlangen-Nürnberg, Universität Gießen, **Universität Marburg** ...

Wo gibt es bisher Zivilklauseln?

Hessen

TU Darmstadt (09/2012)
Universität Frankfurt (01/2013)
Universität Kassel (12/2013)

Restliches Deutschland

Forschungszentrum Karlsruhe
Universität Bremen (1986 / 1991)
TU Berlin (1991)
Universität Konstanz (1991)
TU Dortmund (1991)
Universität Oldenburg (2007)
TU Ilmenau (2010)
Universität Tübingen (09/2010)
Universität Rostock (2011)
Hochschule Bremen (06/2012)
Hochschule Bremerhaven (06/2012)
Universität Göttingen (02/2013)

Weitere Bemühungen u.a. TU Dresden, Universität Köln,
Universität Augsburg, Universität Münster, Universität
Erlangen-Nürnberg, Universität Gießen, **Universität Marburg** ...

Wo gibt es bisher Zivilklauseln?

Hessen

TU Darmstadt (09/2012)
Universität Frankfurt (01/2013)
Universität Kassel (12/2013)

Restliches Deutschland

Forschungszentrum Karlsruhe
Universität Bremen (1986 / 1991)
TU Berlin (1991)
Universität Konstanz (1991)
TU Dortmund (1991)
Universität Oldenburg (2007)
TU Ilmenau (2010)
Universität Tübingen (09/2010)
Universität Rostock (2011)
Hochschule Bremen (06/2012)
Hochschule Bremerhaven (06/2012)
Universität Göttingen (02/2013)

Weitere Bemühungen u.a. TU Dresden, Universität Köln,
Universität Augsburg, Universität Münster, Universität
Erlangen-Nürnberg, Universität Gießen, **Universität Marburg** ...

Start: Erster Antrag

Status Anfang 2010

- Keine kontinuierliche Arbeit durch Gruppe
- Berichte in AStA Zeitung
- Anfragen in Senat nach Projekten
- kein (bekannter) aktueller Anlass

Antrag Universitätsversammlung (2011)

- Universitätsversammlung - höchstes Organ ("erweiterter Senat")
- Durch Studierende, aber auch andere Statusgruppen
- In Debatte: Alternativ-Vorschlag "Ethische Forschung"

⇒ Vertagung der Diskussion

Start: Erster Antrag

Status Anfang 2010

- Keine kontinuierliche Arbeit durch Gruppe
- Berichte in AStA Zeitung
- Anfragen in Senat nach Projekten
- kein (bekannter) aktueller Anlass

Antrag Universitätsversammlung (2011)

- Universitätsversammlung - höchstes Organ ("erweiterter Senat")
- Durch Studierende, aber auch andere Statusgruppen
- In Debatte: Alternativ-Vorschlag "Ethische Forschung"

⇒ Vertagung der Diskussion

Vorbereitender Prozess

Hearing

Universitätsöffentliche
Veranstaltung

- Offene Diskussion
- Ziel: Einbeziehung möglichst vieler Akteure
- Frühe Möglichkeit zur Äußerung von Kritik / Wünschen
- Alle Statusgruppen beteiligt
- Festlegung genereller Ziele

Redaktionsgruppe

Ausgewählte TeilnehmerInnen des
Hearing + Interessierte

- Intensive Textarbeit
- Entwurf Präambel
- Entwurf Leitlinien
- Rückkopplung mit Universität in Hearing
- Alle Statusgruppen beteiligt

Dauer des Prozesses: etwa ein Jahr

Beschluss

September 2012

Aufnahme in Präambel der Grundordnung der TU Darmstadt

*Forschung, Lehre und Studium an der Technischen Universität Darmstadt sind **ausschließlich friedlichen Zielen** verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet.*

Gleichzeitig verabschiedete Leitlinien erklären Formulierung, geben Begründung sowie erste Umsetzungsideenn

Alte Formulierung wird aufgehoben

Mit Beschluss der neuen Formulierung werden die Beschlüsse von 1973 (Militärforschung) und 1986 (Friedenslehre) aufgehoben.

Wie geht es derzeit weiter?

Planung der Umsetzung

Primär zuständig: Senat

- Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe
- wechselseitig: interne Treffen / universitätsweite Hearings
- Ziel: Senatsbeschluss

Debattierte Maßnahmen

- Fragebogen bei Drittmittelakquise
- Entscheidungsgremium für Zweifelsfälle
- Whistleblower
- Uniinternes Verzeichnis

Gründe in Darmstadt

- keine (bekannten) aktuellen Anlässe (zum Zeitpunkt der Diskussion)
- Veraltetes (unbekanntes) Satzungsrecht, insbesondere nach Autonomiebemühungen
- bundesweite Befassung mit dem Thema
- erhöhte Drittmittelabhängigkeit von Universitäten
 - Gefahr durch “Ausnutzung”
 - Stärkung durch ZK gegenüber Partnern

Ziele einer Zivilklausel

Allgemein (nicht nur Darmstadt-spezifisch)

Verbot von Rüstungsforschung

negative Formulierung

Typischerweise Verbot von Kooperationen mit militärischen Organisationen

Reduktion/Vermeidung Zusammenarbeit ziviler Einrichtungen mit militärischen

Einfacher zu prüfen

Notwendig: Offenlegung von Drittmitteln

Verstärktes Problembewusstsein

positive Formulierung

Zielsetzung: Friede bzw. rein zivile Forschung

Erfüllung schwieriger zu prüfen

Veränderung durch Überzeugung

Diskurse/Debatten über Verwendung von Gütern

Sollte grundsätzlicher Teil des wissenschaftlichen Arbeitens werden

Militärische Finanzierung von Projekten

Veröffentlichung militärischer Förderung

Im Dezember an vielen deutschen Universitäten.

Gestern: Deutlich umfassendere Liste niedersächsischer Universitäten (ca. 25 Mio. €)

Stellungnahme Osnabrück (03.02.2014):

“Entscheidend sei nicht, „woher das Geld kommt, sondern wofür wissenschaftliche Erkenntnisse hinterher verwendet werden.“ (Neue Osnabrücker Zeitung)

Was sind Absichten des Militärs?

Beispiel: “The core objective of DoD Basic Research is to discover knowledge that can be exploited to provide the U.S. with “technical overmatch” against any adversary, in any battlespace, at any time.”

Quelle: Department of Defense, Basic Research Plan, April 2008

Militärische Finanzierung von Projekten

Veröffentlichung militärischer Förderung

Im Dezember an vielen deutschen Universitäten.

Gestern: Deutlich umfassendere Liste niedersächsischer Universitäten (ca. 25 Mio. €)

Stellungnahme Osnabrück (03.02.2014):

“Entscheidend sei nicht, „woher das Geld kommt, sondern wofür wissenschaftliche Erkenntnisse hinterher verwendet werden.“ (Neue Osnabrücker Zeitung)

Was sind Absichten des Militärs?

Beispiel: “The core objective of DoD Basic Research is to discover knowledge that can be exploited to provide the U.S. with “technical overmatch” against any adversary, in any battlespace, at any time.”

Quelle: Department of Defense, Basic Research Plan, April 2008

Militärische Finanzierung von Projekten

Veröffentlichung militärischer Förderung

Im Dezember an vielen deutschen Universitäten.

Gestern: Deutlich umfassendere Liste niedersächsischer Universitäten (ca. 25 Mio. €)

Stellungnahme Osnabrück (03.02.2014):

“Entscheidend sei nicht, „woher das Geld kommt, sondern wofür wissenschaftliche Erkenntnisse hinterher verwendet werden.“ (Neue Osnabrücker Zeitung)

Was sind Absichten des Militärs?

Beispiel: “The core objective of DoD Basic Research is to discover knowledge that can be exploited to provide the U.S. with “technical overmatch” against any adversary, in any battlespace, at any time.”

Quelle: Department of Defense, Basic Research Plan, April 2008

Militärische Finanzierung von Projekten II

Vergleich von zwei geförderten Projekten

Universität Osnabrück

Cognition and Neuroergonomics
(CAN/CTA)/ "Multi-modal
sensory attention"

Gefördert von: U.S. Army
Research Laboratory

Hochschule Osnabrück

O.K-GIS - Offenes
Katastrophenmanagement mit
freiem GIS

Gefördert von:
Bundesministerium für Bildung
und Forschung

Warum fördert das Militär?

These: Hochschulen können gewisse Aufgaben günstiger als eigene
F&E Abteilungen erledigen.

Transparent und Öffentlich

- Öffentliche Universitäten sollten Projekte/Förderer veröffentlichen (kein **Verstecken**) Rechenschaft gegenüber größtem “Dritt”-mittelgeber - Bürger des Landes
- Bloßstellungen vermeiden
- Informationssysteme sind aus vielen Gründen notwendig
- Anwendungsmöglichkeiten erkennen ist schwierig
→ entbindet jedoch nicht vor der Verantwortung, Versuch zu machen!

Bewertung des Darmstädter Beschlusses

- Der Darmstädter Beschluss ist “positive Zivilklausel” / Friedensklausel
- Aufhebung der alten Formulierungen → unnötig
- neue Debatte angestoßen
- im Prozess: **Juristen haben gefehlt**
- Schwierig: Transparenz
- Problematisch: Kein Prüfbares Verbot

Beispiel für Transparenz

Hochschulinformationssystem Universität für Bodenkulturen, Wien
<https://forschung.boku.ac.at/fis/suchen.startseite>

Schwierigkeiten

Bisher keine Hochschule mit umfassenden Umsetzungsrichtlinien.

Regulierung von Forschung und Lehre: Schwierig, aber nicht unmöglich.

Implizit und Explizit

Implizite Umsetzung

- Zivilklausel muss “gelebt” werden
- sollte Teil der Kultur von Forschung und Lehre einer Universität sein
- “im Hinterkopf behalten”
- Umfeld schaffen, in welchem **militärische Forschung nicht nötig** und nicht möglich ist
- vor allem durch Individuen, auch durch Struktur

Zivilklausel als Prozess(e)

Erfahrungsprozesse

(Monitoring)

Erfahrungen entstehen
kontinuierlich

Weitergabe an
gesamte Universität

Anpassung von
Leitlinien und Grundsätzen

Lernprozesse

Regelung verstehen

Was bedeutet die
Zivilklausel?

Was muss beachtet werden?

Hilfestellung durch Uni nötig

Lehrprozesse

Zielunterscheidung
kriegerisch/friedlich
Teil der Lehre

Dual-Use Problematik

Speziell auch:
Friedensstiftung

Diskussionsprozesse

Ausgewogene und offene Diskussion

Teil aller anderen Prozesse

Herstellung von Öffentlichkeit wichtig

Implizit und Explizit

Implizite Umsetzung

- Zivilklausel muss "gelebt" werden
- sollte Teil der Kultur von Forschung und Lehre einer Universität sein
- "im Hinterkopf behalten"
- Umfeld schaffen, in welchem **militärische Forschung nicht nötig** und nicht möglich ist
- vor allem durch Individuen, auch durch Struktur

Explizite Umsetzung

- neben gelebter Umsetzung auch explizite Umsetzung sinnvoll
- Explizite Umsetzung durch:
Definition klarer Regeln

Wichtig: Explizite Umsetzung und Regeln dürfen nicht dazu führen, dass implizite Umsetzung vergessen wird!

"Ja, hier oben links auf dem Formular müssen Sie immer ein Kreuz machen!"

Konkrete Möglichkeiten

Formularverfahren (Ankündigungsverfahren) Formular bei Beginn von Drittmittelprojekten

Rechenschaftsverfahren Rechenschaftsbericht im Anschluss an Projekte

Gremium Ethikkommission o.ä. zur Entscheidung strittiger Fälle

Unterstützung der Verwaltung Weiterbildung zur besseren Erkennung strittiger Fälle

Öffentliche Einsichtnahme transparente Darstellung von Hochschulaktivitäten

Whistleblower Schutz von Informanten, Schutz vor Falschinformation

Berufungsrichtlinien zivile Ausrichtung von Forschungsschwerpunkten

Richtlinien für Qualifikationsarbeiten für Themen / Anfertigung

Ausfallmittelvergabe Ersatz entfallener Mittel aus zentralem Topf

Externe Umsetzung I: Scientific Community Erfahrungsaustausch, spezielle Konferenzen

Externe Umsetzung II: Geld-/Gesetzgeber Zivilklausel als Förderungsbedingung

PR-Maßnahmen Werbung/Information in und um Hochschule

Lehre Vermittlung von verantwortlicher Forschung

Siegel / Zertifikat Selbstverpflichtung, bzw. Ausschluss ungewollter Nutzung

Wichtige Informationsquellen

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

▼ 22. Januar 2014 ▼
Reiner Braun
Dietrich Schulze



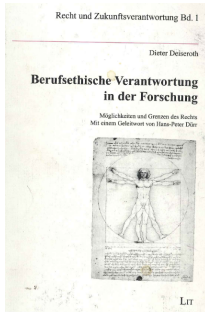
INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG
UND WAPUN
VERSTÄRKUNG

Zivilklausel oder Militärforschung

Dokumentation mit Schwerpunkt Web-Berichte

Diese Dokumentation konnte im Dezember 2008 bei stattweb.de eingereicht werden und wird dort dienstwieser-tägig aktualisiert. Die 2008 entstandene Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, die sich für eine einheitliche Zivilklausel an Karlsruher Institute of Technology (KIT) einsetzt, dokumentiert hier Ergebnisse, Probleme und relevante Infos zur bundesweiten Zivilklausel-Bewegung. Im Oktober 2010 wurde beim ASA der Uni Kassel die Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gegründet.

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf



Dieter Deiseroth (1997)



Niebock et al. (2012)

www.böckler.de – Februar 2009
Copyright © Hans-Böckler-Stiftung

Hans Böckler
Stiftung
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger

Zur Zulässigkeit einer so genannten
„Zivilklausel“ im Errichtungsgesetz
für das geplante Karlsruher Institut für
Technologie (KIT)

Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung

Auf einen Blick ...

- Das Marktforschungszentrum Karlsruhe GmbH (FZK) und die Universität Karlsruhe (TH) sollen zu einer rechtlich neuen, selbständigen Wissenschaftseinrichtung, dem „Karlsruher Institut für Technologie (KIT)“ verschmelzen werden.
- Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger untersucht die Frage, ob in dem Gesetz zur Errichtung einer neuen Körperschaft „KIT“ die Verankerung einer „Zivilklausel“ von der Art „Die Körperschaft verfolgt nur friedliche Zwecke“ rechtlich möglich ist.
- Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger prüft außerdem rechtliche Fragen der Überleitung des Personals in die neue Körperschaft. Er untersucht weiterhin Möglichkeiten der Lösung von eventuellen Konflikten über die Auslegung einer gesetzlich verankerten „Zivilklausel“.
- Der Autor sieht den Landesgesetzgeber aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht daran gebunden, im Errichtungsgesetz für die Körperschaft „KIT“ die Friedliche Finalität der geplanten Forschung durch eine „Zivilklausel“ zum Ausdruck zu bringen.
- Die Übernahme der Wissenschaftler sowohl des Marktforschungszentrums Karlsruhe GmbH (FZK) als auch der Universität Karlsruhe als Mitglieder der Körperschaft „KIT“ seien rechtlich möglich.

Gutachten Denninger

Zivilklausel in Marburg

Oder in ganz Hessen?

Diskussion

Vielen Dank

Für Einladung, Aufmerksamkeit und Diskussion!

Fragen / Anmerkungen: kuett@ianus.tu-darmstadt.de

Anhang

Grundsatzfrage

Verstößt eine Zivilklausel gegen die Freiheit von Forschung und Lehre? (Grundgesetz)

*Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.
Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur
Verfassung.*

— Grundgesetz, Art. 5 Abs. 3

Debatte unter Juristen

Seit langem gibt es Debatte unter Juristen, einige Positionen:

- Erhard Denninger (2009, Hans-Böckler-Stiftung)
- Hans-Detlef Horn (2012, Artikel)
- Bernd Hoppe (2012, Uni Kassel)

Der Artikel wird oft vor dem Bundesverfassungsgericht debattiert, Auslegung und Gültigkeit kontinuierlich weiterentwickelt.

Eigene Interpretation

- Universitäten geben Gratifikationen / Leistungen an ihre Mitglieder
 - Räume
 - Technische Infrastruktur
 - Drittmittelverwaltung
- Mitgliedern steht es frei, die Leistungen in Anspruch zu nehmen
- Universitäten können sich auf bestimmte Richtungen festlegen („Technische Universität“, „Zukunftskonzept“, Fachbereichsstruktur, etc.)
- Ausrichtung auf Friedlichkeit entspricht Friedensfinalität des Grundgesetzes

→ Festlegung auf „friedliche Ziele“ daher rechtmäßig

Konkrete Möglichkeiten

Vor- und Nachteile detailliert dargestellt in anderem Vortrag:
"Tag der Zivilklausel, Darmstadt, 2012"
<http://www.ianus.tu-darmstadt.de/zivilklausel>